

12. Schrumpfung des Industriesektors: Folgen für den Arbeitsmarkt

Autor: Martin Müller, Tel. 069 7431-3944, martin.mueller@kfw.de

Der Arbeitsmarkt ist ein zentraler Transformationskanal über den die strukturellen Veränderungen der deutschen Industrie in den Rest der Wirtschaft und den politischen Raum ausstrahlen. Wir analysieren in diesem Kapitel deshalb die Folgen für den Arbeitsmarkt, die sich aus einem deutlichen Schrumpfen der Industriebeschäftigung ergeben würden. Diese sind potenziell gravierend.

Deindustrialisierung erhöht die Arbeitslosigkeit und senkt die Einkommenschancen, setzt aber auch Ressourcen frei

Eine mögliche Deindustrialisierung würde eine Kaskade negativer Folgen für den Arbeitsmarkt nach sich ziehen: Die Arbeitslosigkeit steigt, und die Verdienstmöglichkeiten betroffener Erwerbstätiger verschlechtern sich. Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, die Vorleistungen erbringen, machen weniger Umsatz und bauen ebenfalls Arbeitsplätze ab. Der Abbau trifft Regionen besonders, in denen niedergehende Industriebetriebe als Arbeitgebende von großer Bedeutung sind.

Seit dem Jahr 2019 ist die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe wieder gesunken. Die möglichen Arbeitsmarktwirkungen einer Fortsetzung des Arbeitsplatzabbaus werden hier aus folgenden Perspektiven erörtert:

1. Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die Beschäftigung und das Einkommensniveau
2. Beschäftigungswirkungen von Deindustrialisierung in der Vergangenheit.
3. Vergleich mit der Entwicklung in anderen Ländern.
4. Arbeitsmarktwirkungen von Deindustrialisierung in deutschen Industrieregionen.

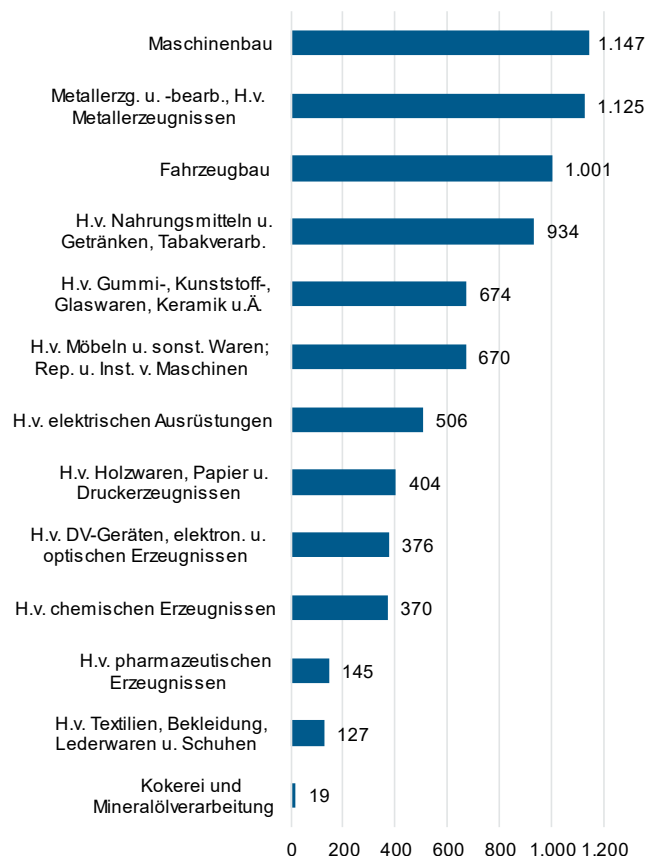
Die Industrie hat große Bedeutung für die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen

Im Verarbeitenden Gewerbe arbeiten derzeit 7,4 Mio. Erwerbstätige, nahezu die Hälfte davon im Fahrzeugbau, in der Metallindustrie und im Maschinenbau (Grafik 12.1). Das Verarbeitende Gewerbe bezieht Vorleistungen aus dem Dienstleistungsbereich, die etwa ein

Zehntel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmachen.¹

Grafik 12.1: So verteilen sich die 7,4 Mio. Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe

Zahl der Erwerbstätigen in 1.000 nach Industriezweigen im Jahr 2022 (Wirtschaftsabschnitte gemäß WZ 2008).



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Industrie trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland zu den Hochlohnländern zählt. Im Jahr 2024 betrug der Bruttojahresverdienst im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt 66.200 EUR, im Dienstleistungsbereich 61.900 EUR, im Baugewerbe 52.100 EUR (Grafik 12.2). Unter den Hochlohnbranchen ragen exportstarke Wirtschaftszweige wie der Kraftfahrzeugbau, die Pharmazeutische Industrie und die Chemische Industrie heraus.

Je höher die Arbeitsproduktivität in einem Industriezweig, umso höher die Bezahlung (Grafik 12.3). Dieser Zusammenhang gilt mit wenigen Ausnahmen. Der

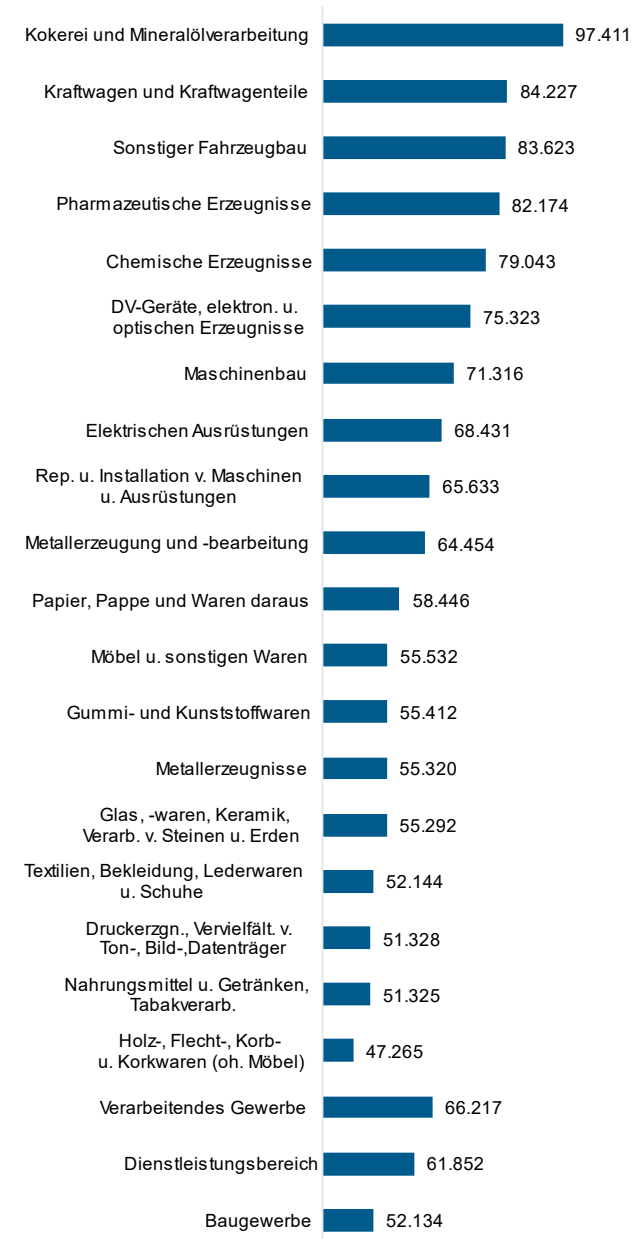
¹ Vgl. Hühner, M. (2023): Deindustrialisierung: Schreckgespenst oder notwendiger Schritt im Strukturwandel der deutschen Wirtschaft? ifo Schnelldienst 3/2023, S. 3.

Korrelationskoeffizient zwischen der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und den Bruttojahresverdiensten in den unterschiedlichen Industriezweigen liegt bei 0,88.²

Dieser Befund ist wenig überraschend. Denn je höher die Arbeitsproduktivität in einem Unternehmen ist, umso höhere Löhne und Gehälter kann es zahlen. Und im Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte werden hochproduktive Unternehmen diesen Vorteil nutzen, ebenso im Bemühen um eine faire Entlohnung.

Grafik 12.2: Die Industrie zahlt überdurchschnittliche Löhne und Gehälter im Jahr 2024

Bruttojahresverdienste inkl. Sonderzahlungen in EUR.



Quelle: Statistisches Bundesamt.

² Der Wirtschaftszweig Kokerei und Mineralölverarbeitung wurde dabei nicht berücksichtigt. Er stellt mit seiner außergewöhnlich hohen Differenz zwischen

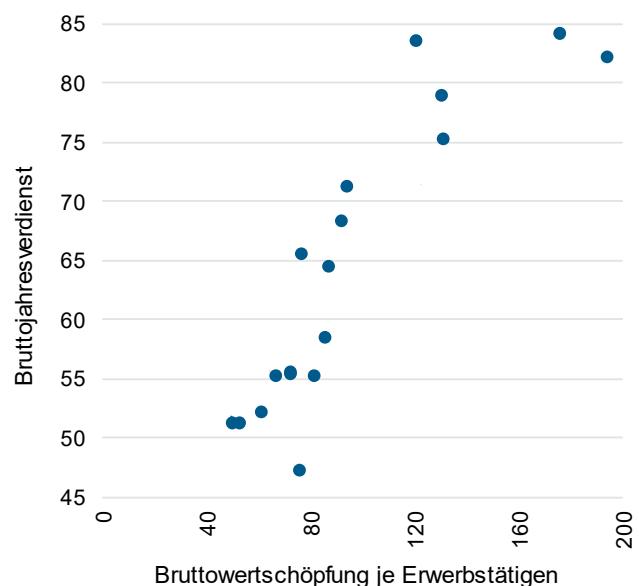
Auf Wirtschaftskrisen folgten Phasen des Arbeitsplatzabbaus in der Industrie

Seit 1991 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe um 2,6 Mio. verringert. Im Dienstleistungssektor stieg sie dagegen um 10,5 Mio. Der Dienstleistungsbereich war damit stabiler Treiber des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsanstiegs (Grafik 12.4). Die Bedeutung der Industrie für den Arbeitsmarkt hat bereits seit den 1970er-Jahren stark abgenommen. Im Jahr 1970 arbeiteten in der alten Bundesrepublik noch 36 % der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe, heute sind es deutschlandweit 16 %.

Der Arbeitsplatzabbau in der Industrie vollzog sich nicht in einem schleichenden Abwärtstrend. Vielmehr gab es drei wirtschaftliche Schocks, in deren Folge die Industriebeschäftigung derart tief einbrach, dass das Vorkrisenniveau nicht wieder erreicht wurde. Die Schocks müssen nicht in jedem Fall kausale Ursache des Beschäftigungsabbaus gewesen sein, aber sie gingen ihnen zeitlich voraus, und im Aufschwung stieg auch die Industriebeschäftigung wieder. Vor allem die Ölkrisen in den 1970er- und 80er-Jahren und die Wiedervereinigung haben strukturelle Anpassungen großen Ausmaßes nach sich gezogen.

Grafik 12.3: Je höher die Produktivität eines Industriezweigs, umso besser die Bezahlung

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Jahr 2022 und Bruttojahresverdienste inkl. Sonderzahlungen in 1.000 EUR für die Industriezweige in Grafik 2 ohne Kokerei und Mineralölverarbeitung im Jahr 2024.

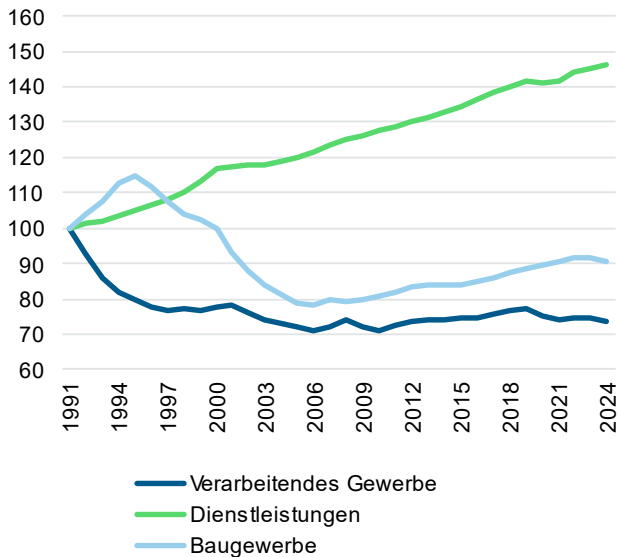


Quelle: Statistisches Bundesamt.

Wertschöpfung je Erwerbstätigen und Bruttojahresverdienst einen Ausreißer dar. Der Korrelationskoeffizient sinkt auf 0,74, wenn man ihn berücksichtigt.

Grafik 12.4: Die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich folgte einem robusten Aufwärtstrend

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland, Index, 1991=100.

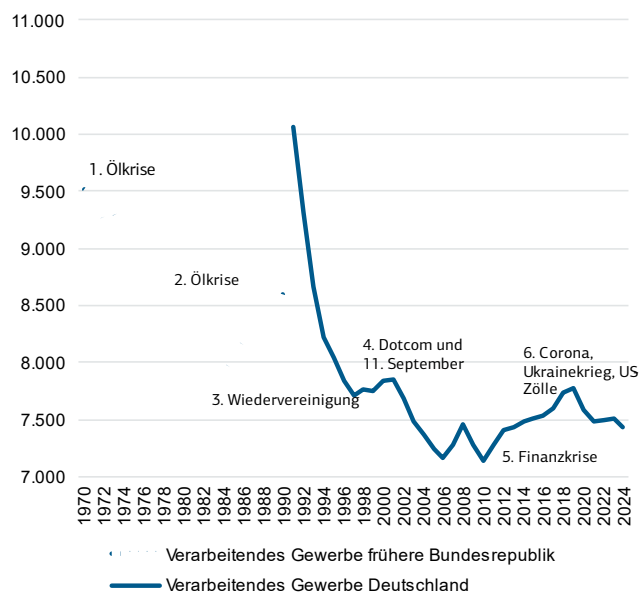


Quelle: Statistisches Bundesamt.

Der erste Schock war die Ölkrise Anfang der 70er-Jahre, die Erdöl stark verknappte und verteuerte und Preise und Löhne zweistellig in die Höhe trieb. Infolge dieser Kostenschocks wurden in der Industrie mehr als eine Mio. Arbeitsplätze abgebaut (Grafik 12.5).

Grafik 12.5: Nach jeder Rezession ging die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie zurück

Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe in 1.000.



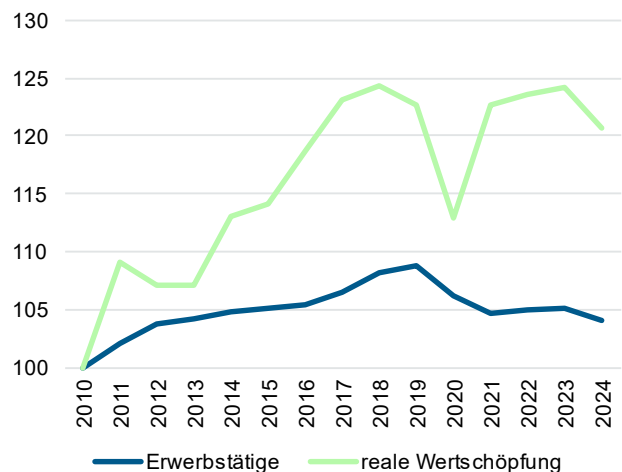
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Noch einschneidender wirkte sich die deutsche Wiedervereinigung aus. Nicht nur Industriebetriebe der DDR mussten mangels Wettbewerbsfähigkeit aufgeben. Auch die westdeutsche Industrie baute mehr als eine Mio. Arbeitsplätze ab. Ende der 1990er-Jahre war die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe im vereinten Deutschland niedriger als 1990 in der alten Bundesrepublik. Die Annahme liegt nahe, dass die starke Belastung der Wirtschaft durch die Finanzierung der Sozialtransfers und staatlichen Aufbauhilfen für die ehemalige DDR eine Ursache dafür war. Diese machten allein in den Jahren 1991 bis 1993 rund 11 bis 14 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus.³

Der dritte Schock, mit der die Deindustrialisierung weiter voranschritt, war die Rezession infolge des Platzens der Dotcom-Blase und des Terroranschlags am 11. September 2001.

Gegenüber anderen Rezessionen erwies sich die Industrie resilienter, und es gab auch Phasen der Reindustrialisierung. Von 2010 bis 2019 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe um rund 630.000 bzw. 9 %, die reale Wertschöpfung um 23 %, und seit dem Jahr 2010 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in den meisten Industriezweigen erhöht (Grafiken 12.6 und 12.7).

Grafik 12.6: Erwerbstätigkeit und Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sind höher als 2010 Deutschland, Indizes, 2010=100

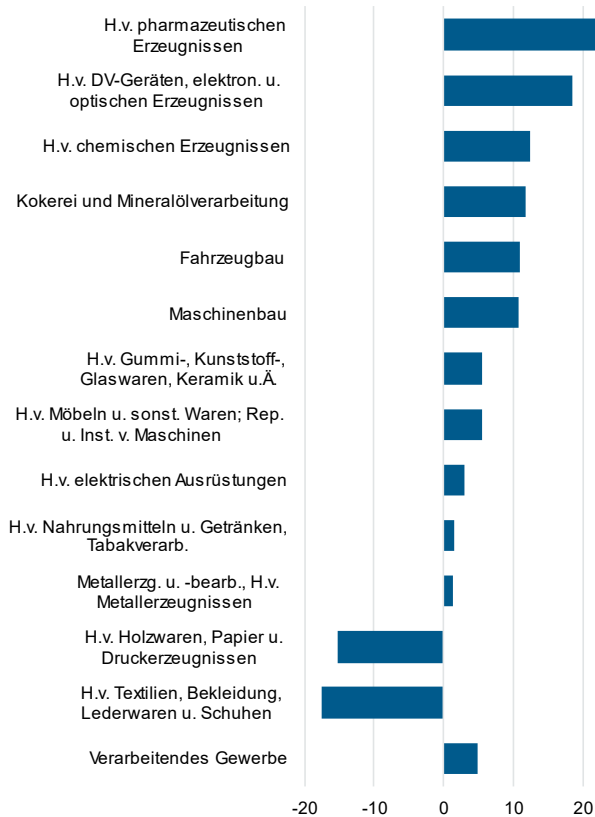


Quelle: Statistisches Bundesamt.

³ Vgl. Köhler-Geib, F. und M. Müller (2020): Für krisenfestes Wachstum und bessere globale Zusammenarbeit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 302, KfW Research.

Grafik 12.7: Die meisten Industriezweige haben seit 2010 Arbeitsplätze aufgebaut

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe von 2010 bis 2022 in Prozent.



Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Research.

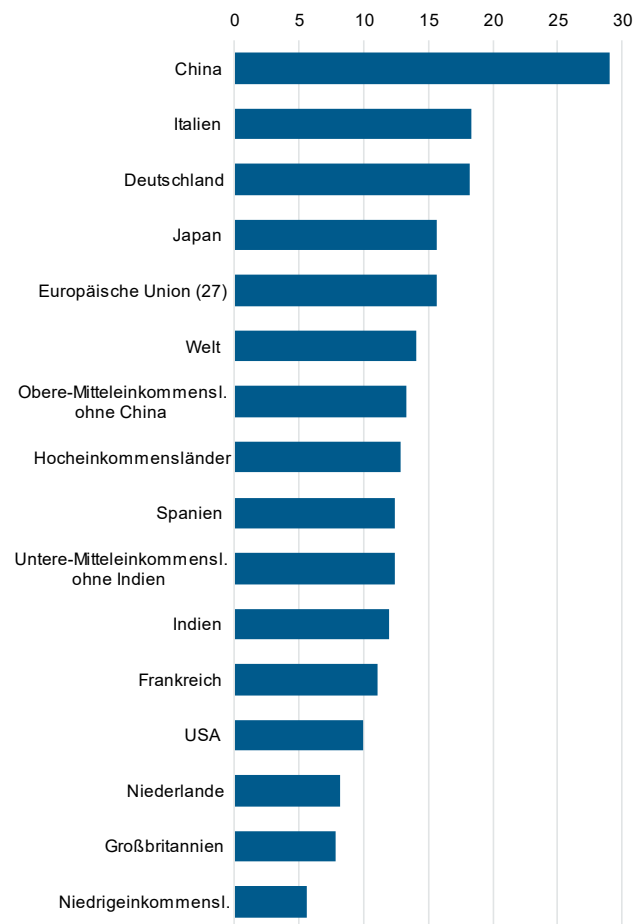
Die nach Industriezweigen differenzierte Betrachtung zeigt, dass Deindustrialisierung auch kein industrieweites Phänomen sein muss. Vielmehr vollziehen sich Wachstum und Schrumpfung nebeneinander. So erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Pharmazeutischen Industrie seit 2010 um mehr als 20 %, bei den Herstellern von Textilien, Bekleidung und Lederwaren verringert sie sich dagegen um fast 20 %.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland am Arbeitsmarkt immer noch hochindustrialisiert

Weltweit lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen Erwerbstätigen im Jahr 2023 nach der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO) bei 14,1 % und in der Europäischen Union bei 15,6 % (Grafik 12.8). Mit 18,2 % hebt sich Deutschland immer noch davon ab, mehr noch gegenüber den 10 % der USA. China sticht mit einem Industrieanteil an den Erwerbstätigen von 29,1 % hervor. Das ist die Folge der mit hohem Mitteleinsatz staatlich vorangetriebenen Industrialisierung. Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich der Industrieanteil an den Erwerbstätigen in China um rund 16 Prozentpunkte (Grafik 12.9).

Grafik 12.8: Im weltweiten Vergleich ist Deutschland am Arbeitsmarkt immer noch hochindustrialisiert

Anteil der Erwerbstätigen in der Industrie (gemäß Abgrenzung ILO) im Jahr 2022 an allen Erwerbstätigen.



Quelle: Weltbank, KfW Research.

Deindustrialisierung hat für die Arbeitsmärkte in stark betroffenen Regionen gravierende und nachhaltige Konsequenzen

Hohe Beschäftigungsverluste in der Industrie haben in diversen Regionen zu langwierigen wirtschaftlichen Strukturproblemen und hoher Arbeitslosigkeit geführt:

- Aufgrund der Stilllegung des Steinkohlebergbaus und des Arbeitsplatzabbaus in der Stahlindustrie weisen Städte des Ruhrgebiets noch heute Arbeitslosenquoten von mehr als 10 % auf. Die bundesweit höchste Arbeitslosenquote hatte im Jahr 2024 Gelsenkirchen mit 14,8 %, in Duisburg und Hagen lag sie bei 12 % und mehr. Nach dem zweiten Weltkrieg galt die Montanindustrie im Ruhrgebiet als Schwungrad des Wiederaufbaus. In den 1960er und 70er-Jahren setzte der Niedergang ein. Ursächlich waren die hohen Kosten der

deutschen Steinkohleförderung und Überkapazitäten auf dem Weltmarkt für Stahl.⁴

- Die zweithöchste Arbeitslosenquote wies mit 14,5 % Bremerhaven auf. Ursächlich für die wirtschaftlichen Strukturprobleme waren Schrumpfungsprozesse im örtlichen Schiffbau und in der Fischereiwirtschaft, auch der Abzug von rund 4.000 US-Soldaten.⁵
- In Pirmasens hatte die Schuhproduktion große Bedeutung, bis sie weitgehend ins Ausland verlagert wurde. Negative Folgen für den Arbeitsmarkt hatte der hohe Anteil unqualifizierter Arbeiterinnen in der Schuhindustrie. Für Neuansiedlungen innovationsorientierter Unternehmen erweist sich der geringe Anteil höherqualifizierter Arbeitskräfte als Hemmnis.⁶ Im vergangenen Jahr lag die Arbeitslosenquote bei 12 %.

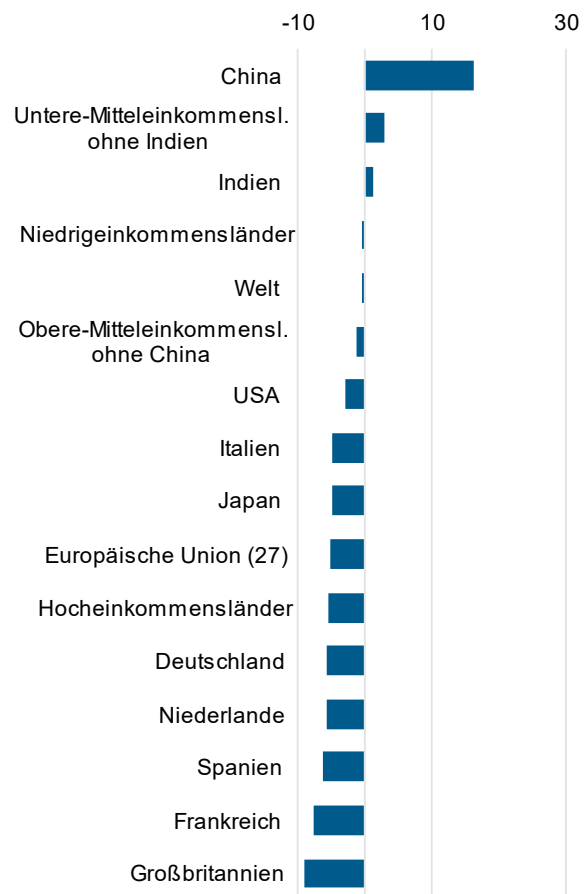
In den ostdeutschen Bundesländern hatten Wirtschaftshilfen und regionale Strukturpolitik allerdings durchaus großen Erfolg, trotz der besonders schwierigen Ausgangslage. Denn nach dem endgültigen Scheitern des sozialistischen Experiments in der DDR galt es nicht nur, einen großen Teil der Wirtschaft zu transformieren, sondern auch den Gebäudebestand und die Infrastruktur umfassend zu modernisieren und neue staatliche und wirtschaftliche Institutionen zu etablieren. Dafür mussten sich die Menschen weitgehend neu orientieren. Die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe halbierte sich von 2 Mio. im Jahr 1991 auf 1 Mio. im Jahr 1999.⁷ Die Arbeitslosenquote stieg bis zum Jahr 2005 auf das Rekordniveau von 18,9 % und war damit fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Seitdem hat sich die Arbeitsmarktlage jedoch wesentlich verbessert. Im Jahr 2024 lag die Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Bundesländern noch bei 7,5 %, damit wurde der Abstand zu den westdeutschen Bundesländern (5,7 %) weitgehend abgebaut. Hierzu trug auch bei, dass Beschäftigte hohe regionale Mobilität aufwiesen, sei es durch Pendeln, sei es durch Umzüge in andere Regionen. Die Ost-/West-Relation der verfügbaren Einkommen stieg von rund 60 % im Jahr 1991 auf 90 % im Jahr 2023. Die gleiche Relation ergibt sich für die Bruttolöhne und Gehälter je Beschäftigten. Da die ostdeutschen Bundesländer relativ ländlich strukturiert sind, dürfte ein geringer Abstand zum

Bundesdurchschnitt bleiben. Ein maßgeblicher Baustein zu diesem Erfolg war die hohe berufliche und regionale Mobilität und Anpassungsbereitschaft der ostdeutschen Erwerbstätigen.

Grafik 12.9: In den OECD-Ländern hat die Industrie für die Erwerbstätigkeit an Bedeutung verloren, in China und Indien erheblich gewonnen

Veränderung des Anteils der Erwerbstätigen in der Industrie (nach Abgrenzung ILO) an allen Erwerbstätigen von 2000 bis 2022 in Prozent.



Quelle: Weltbank, KfW Research.

Trotz aller Erfolge gibt es auch in Ostdeutschland noch erhebliche wirtschaftliche Strukturprobleme. Dazu zählen ein geringer Besatz mit großen Industriebetrieben und besonders ausgeprägter Fachkräftemangel.⁸

Fazit: Die Arbeitsmarktwirkungen von Deindustrialisierung sind in Grenzen gestaltbar

Wie aufgezeigt war die industrielle Entwicklung in Deutschland seit den 1970er-Jahren keineswegs nur

⁴ Regionalverband Ruhr (2010): Die Stahlkrise der 1970er-Jahre, http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/html/aufstieg_und_rueckzug_der_montanindustrie/krise_des_montansektors/stahl-krise.php%3Fp=3.2.html, Dahlbeck, E. et al. (2021): Analyse des historischen Strukturwandels im Ruhrgebiet, Umweltbundesamt (Hrsg.) Climate Change 29/2021.

⁵ Umweltbundesamt (Hrsg., 2023): Nachhaltige Kommunalentwicklung im Strukturwandel, Texte 106/2023.

⁶ Vgl.: Beisswenger, S. und S. Weck (2010): Pirmasens, Fallstudie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung.

⁷ Für die Flächenländer und Berlin.⁸ Ragnitz, J. (2024): Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte, in ifo Dresden berichtet 1/2024.

⁸ Ragnitz, J. (2024): Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte, in ifo Dresden berichtet 1/2024.

von Deindustrialisierung geprägt. Es gab längere Phasen der Reindustrialisierung, und nach Industriezweigen und Regionen differenziert finden Wachstum und Schrumpfung permanent nebeneinander statt.

Seit dem Jahr 2020 geht die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe wieder zurück. Der Beschäftigungsabbau fiel im Vergleich zu früheren Wirtschaftskrisen bisher gering aus. Allerdings sind weite Teile der Industrie – wie in anderen Kapiteln dargestellt – einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt. Ein weiterer Arbeitsplatzabbau in besonders betroffenen Industriezweigen ist wahrscheinlich, auch wenn durch den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt wieder steigen kann. Die Wirkungen des industriellen Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt sind keinesfalls nur wettergleiches Schicksal. Sie hängen maßgeblich davon ab, wie Unternehmen, Industriebeschäftigte und staatliche Akteure den Wandel gestalten.

Wenn Regionen nach dem Niedergang prägender Industrien wirtschaftlich zurückbleiben, liegt dies nicht an der Globalisierung, sondern gerade daran, dass es in diesen Regionen ein Defizit an global erfolgreichen Unternehmen gibt. Deutschlands hoher Wohlstand ist nur durch globalen Austausch, globale Kooperation und globalen Wettbewerb möglich, und dieser Wohlstand kommt in vielfältiger Weise auch Industriebeschäftigten zugute, die sich nach einem Arbeitsplatzverlust umorientieren müssen. Protektionismus bedeutet letztlich, dass der Staat den Wettbewerb einschränkt, rückständige Altindustrien erhält und Unternehmen vor erfolgreicheren Konkurrenten schützt, was den Anpassungsdruck verringert und so auf Dauer Innovationen und

Verbesserungen des materiellen Wohlstands verhindert.

Sofern Beschäftigte entlassen werden, stehen die Chancen aufgrund des Fachkräftemangels gut, dass sie woanders einen Arbeitsplatz finden. Wie gut dies gelingt, liegt auch in der eigenen Verantwortung. Es zahlt sich aus, bei Entlassungen Eigeninitiative zu zeigen, eine verwertbare Ausbildung zu haben, beruflich und regional flexibel und zur Fortbildung und Umschulung bereit zu sein. Staat und Wirtschaft sollten dies über Vermittlung, finanzielle Hilfen und Anreize unterstützen. Die Subventionierung von Arbeitsplätzen in Betrieben, die im Wettbewerb nicht bestehen können, ist in der Regel die gesamtwirtschaftlich ungünstigere Alternative. Denn sie ist teuer und bindet knappe Arbeitskräfte, die anderswo freie Stellen besetzen oder unternehmerisch aktiv werden könnten.

Da die Industrie sehr exportorientiert ist, ist es auch mit Blick auf die Arbeitsplätze gute Industriepolitik, sich einerseits für Freihandel nach fairen Regeln einzusetzen, andererseits auf protektionistische Maßnahmen angemessen zu reagieren. In Schlüsselindustrien sind einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

Zugleich stärkt es die Industrie, wenn sich alle Akteure dafür einsetzen, Hemmnisse für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit einzudämmen. Dazu zählen Fachkräfteknappheit, Rohstoffengpässe, gestörte Lieferketten, übermäßige Bürokratie und andere vermeidbare Belastungen. Soweit dies gelingt, lassen sich Arbeitsplatzverluste durch den Strukturwandel auf ein Mindestmaß reduzieren und anderswo neue hochbezahlte Arbeitsplätze in der Industrie und in Dienstleistungsbetrieben schaffen.